

Das Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an der Universität Bern

Autor(en): **Gilg, Peter / Gruner, Erich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **17 (1967)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80586>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DAS FORSCHUNGSZENTRUM FÜR GESCHICHTE UND SOZIOLOGIE DER SCHWEIZERISCHEN POLITIK AN DER UNIVERSITÄT BERN

Von PETER GILG und ERICH GRUNER

In unserem traditionsbewußten Lande gilt Geschichte noch vielfach als etwas, das in geziemendem Abstand von der Gegenwart aufhört. Diese Gegenwart wird zwar eines Tages auch Geschichte sein, aber bis dahin braucht sich der Historiker nicht um sie zu bekümmern; er wird ja dereinst aus den freigegebenen Archivbeständen erforschen können, wie es gewesen ist. Als Grenze, an der die Geschichtswissenschaft Halt machen soll, nimmt man vielleicht eine Zeitmarke 50 Jahre vor der Gegenwart an; wenigstens war diese Frist bisher für die Geheimhaltung von Staatsakten maßgebend. Ein Bundesratsbeschluß hat nun kürzlich für unser Land in dieser Beziehung eine gewisse Lockerung eingeführt. Und es ist nicht zu verkennen, daß sich die Historiker heute mehr und mehr auch mit der jüngsten Vergangenheit beschäftigen, nicht nur mit der ausländischen, sondern auch mit der schweizerischen.

Dabei stellt sich allerdings bedrängend die *Quellenfrage*. Der Zeitgeschichtler sieht sich in bezug auf die Materialien seiner Studien in einer wesentlich andern Situation als der Erforscher früherer Jahrhunderte. Während diesem staatspolitische, wirtschaftliche oder persönliche Rücksichten den Zugang zu den noch erhaltenen Quellen kaum erschweren, befindet sich jener oft im Strahlungsfeld von noch wirksamen Interessen: manches schriftliche oder mündliche Zeugnis wird ihm vorenthalten, oder wenn es ihm eröffnet wird, so nur unter der Voraussetzung, daß er es nicht weitergebe. Doch anderseits leidet der Zeithistoriker — im Gegensatz etwa zum Mediävisten — weit weniger an der Spärlichkeit der Quellen als an deren Überfluß: eine unübersehbare Fülle von Druckerzeugnissen, Radio- und Fernsehsendungen, Tonbändern, Filmen, Bildern und nicht zuletzt mündlichen Aussagen umflutet ihn. Dieser Überfluß nimmt aber mit der zeitlichen Entfernung von den Ereignissen zusehends ab; dies allein ist eigentlich schon ein zwingendes Argument für zeitgeschichtliche Forschung. Carpe diem!

Wie kann aber diese Quellenmasse von der Wissenschaft bewältigt werden? Die erste Antwort lautet: Sammeln und Sichten. Dringender als der Journalist, der intuitiv in den Tag greifen und das quirlende Element für den Tag gestalten darf, benötigt der Wissenschaftler eine *Dokumentation*, eine ausgewählte und geordnete Quellensammlung. Damit entreißt er einen Teil der Quellenfülle dem Schlund der Vergessenheit und dem Nebel der

Unüberschaubarkeit. Doch noch mehr kann getan werden. Aus der Menge der gesammelten Quellen läßt sich eine erste Übersicht gestalten, eine *vorläufige Darstellung* des Geschehens, die sich streng an die zur Verfügung stehenden Quellen hält und diese nachweist. So wird der künftige Bearbeiter eines bestimmten Themas bereits ein einigermaßen aufgeräumtes Arbeitsfeld vorfinden und zugleich Hinweise auf die Unterlagen, aus denen er Näheres zu erfahren vermag.

Das Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik, das mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds im Jahre 1965 an der Universität Bern ins Leben gerufen worden ist, hat sich diese Aufbereitungsarbeit zu einer seiner Hauptaufgaben gemacht. Es sammelt nicht nur amtliche Publikationen, sondern legt aus einer — leider beschränkten — Anzahl Zeitungen, welche es zum Teil abonniert und zum Teil gratis erhält, eine *Dokumentation der schweizerischen Politik* an, die der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung stehen soll. Sie umfaßt Nachrichten, Berichte und Kommentare zum politischen und mit der Politik im Zusammenhang stehenden Geschehen im Bund, in den Kantonen und in den größeren Gemeinden. Mit dieser Pressedokumentation werden indirekt auch die amtlichen Verlautbarungen erfaßt; deren Bekanntgabe erfolgt ja durch die Zeitungen meist früher als durch die offiziellen Veröffentlichungen. Geordnet werden die Materialien einerseits nach den Gegenständen der Politik — Institutionelles, Außenpolitik, Militärwesen, Finanzwesen, Wirtschaft, Soziales, Bildung und Kultur —, anderseits nach den Trägern des politischen Lebens: Parteien, Verbände, Behörden. Die Zeitungsausschnitte werden nach einem eigenen Dezimalsystem klassiert und in Mappen bzw. Schachteln in chronologischer Reihenfolge aufbewahrt. Mit Rücksicht auf die Arbeiten des Forschungszentrums und auf die geringe Festigkeit des Materials kann die Dokumentation einstweilen nur an Ort und Stelle benützt werden; das Sammeln von mehreren Exemplaren pro Dokument und Klassierungsort wird vielleicht später eine Ausleihe oder die Abgabe von Spezialdokumentationen an ständige Benützer erlauben.

Auf Grund dieser Dokumentation sowie weiterer verfügbarer Unterlagen (neben den amtlichen Druckschriften insbesondere Zeitschriften) wird sodann jährlich eine systematische Darstellung des politischen Lebens in Bund und Kantonen ausgearbeitet. 1966 ist die «*Schweizerische Politik im Jahre 1965*» (französischer Titel: «*Année politique suisse 1965*») im Rahmen des «Schweizerischen Jahrbuchs für politische Wissenschaft» («*Annuaire suisse de science politique*») erschienen; die künftigen Jahrgänge werden als selbständige Publikation unter dem Patronat der «Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft» («*Association suisse de science politique*») herauskommen. Ihr Umfang wird größer sein; neben der gesamtschweizerischen Behandlung der verschiedenen Sachgebiete sind besondere Kapitel über das politische Leben einzelner Kantone, über die politische Tätigkeit der Parteien und Verbände sowie über die hauptsächlichen Pro-

bleme, Triebkräfte und Tendenzen der schweizerischen Politik vorgesehen. Ein Anmerkungsapparat erleichtert dem Spezialforscher die Auffindung der dokumentarischen Grundlagen; ein detailliertes Sach- und Personenregister soll künftig die Darstellung so übersichtlich wie möglich gestalten helfen.

Da sich im Forschungszentrum ein welschschweizerischer und ein deutschschweizerischer Verfasser in die Arbeit teilen, sind die einen Kapitel französisch, die andern deutsch geschrieben. Diese sprachlich uneinheitliche Ausführung sowie die Begrenzung der Zahl der für Dokumentation und Darstellung verwendeten Zeitungen und Zeitschriften sind durch den Umstand bedingt, daß das Forschungszentrum einstweilen mit sehr beschränkten Mitteln arbeitet. Außer den beiden erwähnten vollamtlich beschäftigten Wissenschaftlern sind nur nebenamtliche Mitarbeiter an ihm tätig. Das Budget erlaubt zurzeit bloß die bescheidensten Anschaffungen.

Dokumentation und Darstellung der schweizerischen Politik sind nun allerdings nicht ein Monopol des Berner Forschungszentrums. Es gibt in der Schweiz politische Dokumentationsarchive, die dem neuen Institut gegenüber ein geradezu ehrwürdiges Alter aufweisen, so das Schweizerische Wirtschaftsarchiv in Basel, das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich oder etwa das Redaktionsarchiv der «Neuen Zürcher Zeitung». Was diese Dokumentationsstellen vom Berner Forschungszentrum unterscheidet, ist in erster Linie eine andere Zwecksetzung. Das Wirtschaftsarchiv konzentriert sich im politischen Bereich auf die wirtschaftlichen Aspekte — wobei es seinen Interessenkreis zwar äußerst weit spannt —, das Sozialarchiv beschränkt sich auf die soziale Thematik. Das Archiv einer Zeitung wiederum ist auf die praktischen Bedürfnisse der Redaktion ausgerichtet, deren Aufgabe — auch wenn es sich um die NZZ handelt — keine wirklich wissenschaftliche sein kann. Wieder andere Dokumentationen dienen einer öffentlichen Verwaltung und sind deshalb weniger leicht zugänglich.

Angesichts der Zeit und Mittel verschlingenden Arbeit, die jede größere Dokumentation erfordert, stellt sich natürlich auch hier die Frage der *Rationalisierungs- und Koordinierungsmöglichkeiten*. Doch die Praxis setzt einer Rationalisierung auf diesem Gebiet gewisse Grenzen. Einmal erfordert die Arbeit mit einer politischen Dokumentation meist eine dauernde Präsenz des Dokumentationsmaterials; mit einer Zentralstelle, die ihre Bestände eine Zeitlang hierhin, eine Zeitlang dorthin ausleihen würde, wäre in der wissenschaftlichen wie in der praktischen Politik den wenigsten gedient. Sodann sind die Bedürfnisse der verschiedenen ständigen Benutzer doch so unterschiedlich, daß eine zentrale Dokumentation, auch wenn sie die einzelnen Texte in mehrfacher Ausführung zur Verfügung stellen könnte, nicht leicht allen Anforderungen genügen würde. Endlich arbeiten umfangreiche Zentralen immer etwas langsam, so daß die kleinere Hausdokumentation stärker bis unmittelbar in die Gegenwart hinein verfügbar gemacht werden kann, was für Gegenwartsforschung nicht wenig ins Gewicht fällt. Damit soll nicht geleugnet werden, daß eine oder mehrere Zentralstellen, die sich auf das

Sammeln in einem klar abgegrenzten Bereich beschränken und für die verschiedenen Interessenten besondere Exemplare der benötigten Stücke bereit halten würden, einen willkommenen Rationalisierungsbeitrag zu leisten vermöchten. Von solchen technischen Erleichterungen abgesehen, haben natürlich schon die gegenseitige Information und der Erfahrungsaustausch eine nutzbringende koordinierende Wirkung.

Wenn somit die Dokumentation des Forschungszentrums für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik ihr besonderes Sammelfeld und ihre besondere Aufgabe hat, die ihr einstweilen keine andere Dokumentationsstelle abnimmt, so gilt etwas Entsprechendes für die vom Forschungszentrum herausgegebenen politischen Jahresdarstellungen. Bereits andersorts ausgearbeitete Jahresübersichten — der Geschäftsbericht des Bundesrates etwa oder die Publikation «Zur Lage der Schweiz» des Schweizerischen Aufklärungsdienstes — beschlagen entweder nur bestimmte Bereiche der Politik, beispielsweise die Tätigkeit von Bundesrat und Bundesverwaltung, oder entbehren der von der «Schweizerischen Politik» angestrebten wissenschaftlichen Systematik.

Das Forschungszentrum wertet seine Dokumentation nicht allein zur Abfassung politischer Jahresübersichten aus. Soweit es ihm seine begrenzten Kräfte gestatten, führt es auch *Forschungen über besondere Themen der schweizerischen Politik* durch. Erwähnt seien zwei Arbeiten über die Jurafrage¹ sowie über die eidgenössische Doppelabstimmung vom 28. Februar 1965². Wie in der jährlichen Bearbeitung des laufenden Geschehens werden auch in solchen Spezialuntersuchungen historische und soziologische Methoden zu verbinden versucht.

Das Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik möchte mit seiner hier umrissenen Tätigkeit dazu beitragen, daß sich auch auf deutschschweizerischem Boden eine «politische Wissenschaft» entwickeln kann, wie sie in der welschen Schweiz bereits seit längerer Zeit besteht. Politische Gegenstände wurden freilich in der deutschen Schweiz immer wieder von Historikern, Staatsrechtlern, Nationalökonomern und neuestens auch von Soziologen wissenschaftlich behandelt, aber jeweils aus dem besonderen Blickpunkt ihres Faches. Die wachsende Problematik des politischen Lebens auch in unserem Lande erfordert die Entfaltung einer Forschungstätigkeit, welche die schweizerische politische Existenz zum Zentrum ihres Bemühens macht. Während an den politikwissenschaftlichen Universitätsinstituten Genfs und Lausannes schon vor Jahren Voraussetzungen für eine solche Tätigkeit geschaffen worden sind, bildet das Berner Forschungszentrum heute eine Art Brückenkopf östlich der Sprach-

¹ FRANÇOIS-L. REYMOND, *La question jurassienne et l'évolution du mouvement séparatiste, 1959—1964*, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, 5/1965, S. 29—84.

² FRANÇOIS-L. REYMOND, *La votation fédérale du 28 février 1965 sur les arrêtés conjoncturels*, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, 6/1966, S. 115—138.

grenze, durch den sich eine auf die Schweiz bezogene wissenschaftliche Politik nicht nur im «Nebenamt», sondern als Hauptbeschäftigung in alemannischen Landen verbreiten möge.

Das Forschungszentrum hat aber nicht nur die politische Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit zum Gegenstand, insbesondere die Objekte, welche die politische Wissenschaft betreut, Verbände und Parteien. Es geschieht dies namentlich im Rahmen der sog. *Zeitgeschichte*, d. h. der Geschichte des seit dem Ersten Weltkrieg verflossenen Zeitraums. Wie der immer lauter ertönende Ruf nach der Publikation des «Berichtes Bonjour» beweist, ist das Interesse für diese Epoche besonders bei der jungen Generation im Steigen. Doch möchte man nicht nur über die Handhabung der Neutralität, sondern ebenso sehr über die *inneren Verhältnisse*, über «Anpassung und Widerstand», d. h. über die Einflüsse des Nationalsozialismus und Bolschewismus auf die Parteien, auf die Gesinnung und das politische Verhalten des Schweizervolkes orientiert werden, kurz über die damalige Auseinandersetzung mit den staatlichen Grundlagen unseres Landes. Es sind gegenwärtig eine Anzahl Untersuchungen über die Erneuerungsbewegungen innerhalb der historischen Parteien in Arbeit, über die Jungbauern, die Jungliberalen und die Jungkonservativen. Die Ergebnisse dieser und ähnlicher Studien, die andernorts vor der Vollendung stehen (über die Fronten usw.), sollen als Synthese in einer Darstellung der schweizerischen Parteien im Zeitalter des Nationalsozialismus verwertet werden³. Eine weitere Aufgabe, die sich aufdrängt und die auf unserer Warteliste steht, ist die Erforschung der *zweiten Nachkriegszeit*. Unsere Studenten sind in der Zeit zwischen 1942 und 1947 geboren. Ihnen ist dieser Zeitraum ganz unbekannt, und so bedarf es dringend einiger Schneisen im Dickicht der jüngsten Vergangenheit. Eine erste Untersuchung, die gleichzeitig nach den Methoden der Geschichte und der politischen Wissenschaft gestaltet wird, behandelt die Politik der Gewerkschaften in der Zeit von 1945 bis zur Gegenwart⁴.

So wird das schweizerische Verbandswesen gleichzeitig von seiner jüngsten Vergangenheit wie von seinen Anfängen und seiner Entwicklung her betrachtet. Die wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung der *Arbeiterorganisationen* wird nämlich gleichzeitig in einer Folge von drei Bänden behandelt, deren erster, der bis 1880 führt, demnächst erscheinen wird. Der zweite, der die Geschichte der Arbeiterorganisationen in der Periode des Hochklassenkampfes bis zum Höhepunkt von 1920 zum Gegenstand hat, ist ebenfalls zum größeren Teil geschrieben. Der dritte Band wird den Einbau der Arbeiterorganisationen in den demokratischen Staat in der Epoche

³ Als erste Übersicht über die hauptsächlichsten Erneuerungsbewegungen der zwanziger und dreißiger Jahre sei erwähnt: PETER GILG und ERICH GRUNER, *Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1925—1940*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 14/1966, S. 1—25.

⁴ Demnächst wird erscheinen: JÜRGEN SIEGENTHALER, *Die Politik schweizerischer Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg*.

der allmählichen Klassenversöhnung aufzeigen. Entsprechend sollen auch die Organisationen der andern großen Erwerbsgruppen gesondert zur Darstellung gelangen.

Eine erst auf lange Sicht zu bewältigende Aufgabe sehen wir in der *Gesamtwürdigung der Politik und der Parteien im schweizerischen Bundesstaat*. Hier gilt es zunächst die *quellenmäßigen Grundlagen* aufzubereiten. Nachdem die Parlamentarier in der Geschichte der schweizerischen Bundesversammlung biographisch und soziologisch-statistisch bis zum Jahre 1920 erfaßt worden sind, geht es nun darum, neben den Gewählten auch die *Wähler* und den ganzen Wahlvorgang zu durchleuchten. Ein Arbeitsteam ist gegenwärtig damit beschäftigt, die schweizerischen Nationalratswahlen von 1848—1917 unter dem Aspekt der Wählerzahlen, der Parteistärke und Parteiorganisation, des Wahlkampfes und der Programmatik zu betrachten. Die Hauptquelle hiefür sind die Zeitungen. — Aber ebenso notwendig ist die Berücksichtigung der übrigen Quellen der historischen Parteilorschung, der *privaten Korrespondenzen* und der *Parteiarchive*. Unser Forschungszentrum erhielt kürzlich auf eine Anfrage folgende, hoffentlich nicht allzu symptomatische Antwort: «Leider haben wir in der Kriegszeit die meisten Protokolle aus Sicherheitsgründen vernichtet. Bei meinem Umzug in ein neues Quartier ließ ich eine Reihe von alten Briefen in Flammen aufgehen, die jetzt vielleicht sehr wertvoll wären. ... Hätte ich gewußt, daß einmal eine dokumentarisch belegte Parteilgeschichte geschrieben würde, so wäre ich mit meinen Unterlagen etwas sorgfältiger gewesen.» Deshalb geht es heute vielfach darum, die wichtigsten Parteilquellen vor der Vernichtung zu bewahren und damit die schon hier und dort begonnene Sicherstellung privater Nachlässe durch die staatlichen Archive zu unterstützen und zu ergänzen.

Es schwebt uns hier eine *Koordination* mit der *kantonalen Geschichtsforschung* vor. Es ist bezeichnend für die heutige Situation der schweizerischen Geschichtswissenschaft, daß die Geschichte mancher schweizerischer Kantone im 19. Jahrhundert unvermittelt abbricht. Die Zahl derjenigen Kantonsgeschichten, die bis ins 20. Jahrhundert hineinreichen, läßt sich schnell überblicken. Kurz und gut, die Geschichte des Bundesstaates, verstanden als Zusammenwirken der 25 Kantone, wird manchen bisher kaum oder nicht beachteten Aspekt unseres politischen Lebens erstmals beleuchten. Es liegt uns daran, diese beiden Forschungsrichtungen, die historische Parteilforschung und die jüngste Kantonsgeschichte, in der Aufbereitung des Quellenmaterials zu koordinieren. Der Liebhaber-Historiker, der in früheren Jahrzehnten den lokal-kantonalen Bereich gepflegt hat, ist am Aussterben! Dürfen wir uns noch erlauben, die wenigen Einzelforscher als *Alleingänger* auf die Quellensuche zu schicken? Es widerspricht der heute dringend notwendigen Arbeitsökonomie, ein und dieselben Zeitungen von verschiedenen Forschern nach- oder nebeneinander auf verschiedene Fragen hin prüfen zu lassen. Es geht bei unsern Aktionen also darum, das Quellen-

material anhand eines verzweigten Schlüssels *so* aufzubereiten und auszu-
ziehen, daß es *gleichzeitig* verschiedenen Forschern als Ausgangsbasis für
ihre Darstellungen dienen kann. Die Form, in der das gesichtete Material
ausgezogen wird, könnte man als systematisch aufgeschlüsselte, detaillierte
Regesten bezeichnen. Das Material soll allen interessierten Forschern zur
Verfügung gestellt werden. Natürlich sind wir uns bewußt, daß man in
dieser Beziehung nicht erschöpfend sein kann, schon allein deshalb, weil
jede Generation neue Fragestellungen kennt. Aber dieser Einwand berech-
tigt wohl nicht dazu, das Unternehmen als solches zu verurteilen. Je länger
wir mit der Aufarbeitung des arg vernachlässigten Zeitraums nach 1848
zuwarten, um so weniger wird die nachfolgende Generation den Mut haben,
diese «unbewältigte Vergangenheit» in Angriff zu nehmen.

Läßt sich auf diese Weise nicht die neuerdings so oft beschworene und
so schwer durchführbare *wissenschaftliche Koordination* mindestens auf einem
kleinen Teilgebiet verwirklichen? Dann wird auch die bisher in der Schweizer-
geschichte so vernachlässigte horizontale Linie, das Zusammenwirken und
das Zusammenleben der *Kantone im Bundesstaat*, allmählich etwas deut-
licher hervortreten. Es wird heute viel von einem zukünftigen *kooperativen
Föderalismus* gesprochen. Er wird so lange ein frommer Wunsch bleiben, als
wir nichts davon wissen, auf welche Weise er bisher — ohne den schönen
Namen — schon funktioniert hat, etwa durch das Mittel der Konkordate
oder auf dem Wege interkantonalen Zusammenarbeit im Rahmen nationaler
Vereinigungen, Parteien und Verbände. So hoffen wir, mit unsern historischen
und zeitgeschichtlichen Arbeiten indirekt auch die Funktionsfähigkeit eines
heute noch lebensfähigen Föderalismus erhöhen zu können.